



NIEDERSCHRIFT

30. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.10.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:10 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herrn Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Frau Stv. Brigitte Hinkelmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Norbert Leschnik - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marc Schlösser - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion bis TOP 17
Frau Stv. Christina Hermanns - CDU-Fraktion
Herr Stv. Dieter Lothmann - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Frau Stv. Gerda Wienold - CDU-Fraktion
Herr Stv. Frank Breuer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Norbert Koerlings - ABU-Fraktion bis TOP 15
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Beatrix Schongen - GRÜNE-Fraktion bis TOP 30

Herr Stv. Friedhelm Wirtz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Hans Goerenz - FDP-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion
Herr Stv. Wolfgang Lüsgens - REP-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied
Herr Stv. Metin Sak - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Frau Stv. Anna Nießen-Stellmach - SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Franz Brandt – CDU-Fraktion	ab TOP 18 entschuldigt
Herr Stv. Norbert Koerlings – ABU-Fraktion	ab TOP 16 entschuldigt
Frau Stv. Beatrix Schongen – GRÜNE-Fraktion	ab TOP 1 nichtöff. Teil entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2013/0412/1.1
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2013/0503/1.1
3. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2013/0413/1.1
4. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2013/0414/1.1
5. Wahl der/des 2. ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeister/in sowie deren/dessen Einführung und Verpflichtung durch den Bürgermeister
Vorlage: 2013/0508/1.1
6. Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2013/0420/1.1
7. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
hier: Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes von Herrn Roland Andreas Krichel
Vorlage: 2013/0504/1.1
8. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 inklusive dem angehängten Entwurf des Jahresabschlusses 2010 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 2013/0500/RPA
9. Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 2013/0199/5.1
10. Überschreitung der Personalaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 2013/0501/1
11. Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 2013/0406/1
12. Bewirtschaftung der Alsdorfer Friedhöfe; hier: Mehraufwendungen in 2012
Vorlage: 2013/0462/6.1

13. Bewirtschaftung städtischer Gebäude durch die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH;
hier: Rechnungsergebnis im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 2013/0427/4.1
14. Bekanntgabe des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 2013/0493/5.1
15. Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 05-01-02 "Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. Flüchtlingsaufnahmegesetz"
Vorlage: 2013/0490/3.1
16. Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 08-01-03 - Hallenbad - für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 2013/0489/3.4
17. Bewirtschaftung der Alsdorfer Friedhöfe; hier: Konzeptionelle Ausrichtung bei der Kostenstruktur für die Zukunft sowie Optimierung der Friedhofsarbeit zur Senkung des jährlichen Aufwandes
Vorlage: 2013/0463/6.1
18. Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurf 2014 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2013/0509/5.1
19. Bericht der Verwaltung über die Stadtteilgespräche in der Zeit von November 2012 bis Juli 2013
Vorlage: 2013/0492/3.1
20. Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
 - a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-StraßeVorlage: /0401/2.1-1
21. Bebauungsplan Nr. 275 – 1.Änderung – Am alten Bahndamm
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung – Am alten BahndammVorlage: 2013/0398/2.1
- 21.1. Bebauungsplan Nr.275 – 1.Änderung – Am alten Bahndamm
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.275 – 1.Änderung – Am alten BahndammVorlage: /0398/2.1-1

22. Flächennutzungsplan 2004 – 24. Änderung – Allensteiner Straße
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße
 - b) Beschluss über die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße
 Vorlage: 2013/0399/2.1

23. Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 326 – Allensteiner Straße
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.326 – Allensteiner Straße
 Vorlage: 2013/0400/2.1

24. Flächennutzungsplan 2004 – 25. Änderung – Halde Maria
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
 - b) Beschluss über die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 25 – Halde Maria
 Vorlage: 2013/0403/2.1

25. Bebauungsplan Nr. 337 – Halde Maria
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 337 – Halde Maria
 Vorlage: 2013/0404/2.1

26. Pädagogische und Wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
hier: Überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 2013/0499/3.2

27. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: 2-gruppige Einrichtung des Evangelischen Kindergartenvereins in Alsdorf-Ofden / Entwurf eines Trägervertrages
Vorlage: 2013/0470/3.2

28. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: Sachstandsbericht zu Erweiterungsbau und Sanierungsmaßnahme Florianstraße
Vorlage: 2013/0471/3.2

29. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2013/0415/1.1

30. Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2013/0520/1.1

31. Änderung der Friedhofssatzung; hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf vom 27.09.2013

- Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.
Vorlage: 2013/0522/6.1

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2013/0412/1.1

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Frau Beylich, städtisches Rechnungsprüfungsamt, Herrn Otte, FG 2.1 – Bauleitplanung, Herrn Schmidt, FG 3.2 – Jugend, Herrn Gillessen, FG 5.1 – Kämmerei, Herrn Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates, Frau Rietz, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Beyhs, FG 1.1 – Büro des Rates (Auszubildender), sowie Frau Holz, FG 1.1 – Büro des Rates (Schriftführerin).

Als Gäste sind Herr Günter Jansen, GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH sowie Herr Winterberg, Büro 3D, Architekten- und Stadtplaner, Aachen, zugegen.

In Gedenken an die verstorbenen ehemaligen Ratsmitglieder Manfred Rohr und Franz-Werner Schröter wird eine Gedenkminute abgehalten.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Rates der Stadt allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil

Es wird vorgeschlagen,

- TOP 20:** Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
- a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße

vorzuziehen und hinter **TOP 7** zu behandeln.

Erweiterung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

- TOP 30:** Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
- TOP 31:** Änderung der Friedhofssatzung;
hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf
vom 27.09.2013

zu erweitern.

Nachgereichte Erläuterungen:

- TOP 5:** Wahl der/des 2. ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeister/in sowie deren/dessen Einführung und Verpflichtung durch den Bürgermeister
(Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt vom 07.10.2013 – Anlage 2)
- TOP 8:** Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 inklusive dem angehängten Entwurf des Jahresabschlusses 2010 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2011
- TOP 18:** Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurf 2014 der Städteregion Aachen
- TOP 20:** Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
- TOP 21.1:** Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung – Am alten Bahndamm
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung - Am alten Bahndamm
(Ergänzungsvorlage)
- TOP 23:** Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 326 – Allensteiner Straße
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße
(Zu diesem TOP wurde der Beschlussentwurf geändert / ergänzt.)
- TOP 26:** Pädagogische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
hier: Überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2013

TOP 27: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: 2-gruppige Einrichtung des Evangelischen Kindergartenvereins
in Alsdorf-Ofden / Entwurf eines Trägervertrages

TOP 28: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: Sachstandsbericht zu Erweiterungsbau und Sanierungsmaß-
nahme Florianstraße

Nachgereichte Beratungsergebnisse in Form von Lebensläufen

TOP 16: Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
im Produkt 08-01-13 – Hallenbad – für das Haushaltsjahr 2013
(Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur vom 24.09.13)

TOP 26: Pädagogische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre
Familien
hier: Überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2013
(Jugendhilfeausschuss vom 08.10.13)

TOP 27: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: 2-gruppige Einrichtung des Evangelischen Kindergartenvereins
in Alsdorf-Ofden / Entwurf eines Trägervertrages
(Jugendhilfeausschuss vom 08.10.13)

TOP 28: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: Sachstandsbericht zu Erweiterungsbau und Sanierungsmaß-
nahme Florianstraße
(Jugendhilfeausschuss vom 08.10.13)

Nichtöffentlicher Teil

Erweiterung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 9: Ausschreibung zur Lieferung eines
Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges 20/16;
hier: Aufhebung der Ausschreibung zu Los 2

zu erweitern.

Nachgereichte Erläuterungen:

TOP 4: Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Aldenhoven
hier: Abschluss eines Gestattungs- und Kaufvertrages mit dem
Betreiber

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob seitens der Fraktionen Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, beantragt, TOP 31 *„Änderung der Friedhofssatzung; hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf vom 27.09.2013“* von der Tagesordnung abzusetzen. Er vertritt die Auffassung, dass zu einem Antrag auch immer eine Begründung gehöre. Ein Antrag, der allein aus dem Satz bestehe, das Wort *„Frühgeburten“* aus der Friedhofssatzung der Stadt Alsdorf ersatzlos zu entfernen, könne so nicht behandelt werden.

Als nächstes stellt Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, den Antrag, TOP 4 (nichtöffentlicher Teil) *„Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Aldenhoven; hier: Abschluss eines Gestattungs- und Kaufvertrages mit dem Betreiber“* von der Tagesordnung abzusetzen. Seiner Meinung nach bestehe zu dem umfangreichen Vertrag noch Informationsbedarf.

Bezug nehmend auf TOP 31 *„Änderung der Friedhofssatzung“* äußert Herr Stv. Weber, dass im Antrag deshalb keine Begründung angegeben worden sei, weil überall auf der Welt die Frühgeburten in's Krankenhaus kämen und nicht begraben werden.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bezieht sich auf den Zeitungsartikel *„Schulzentrum wird nun doch noch teurer“* der Aachener Nachrichten vom 06.08.2013. Er stellt die Frage, wann dem Rat der Stadt erneut ein Grundsatzbeschluss in Sachen KuBiZ vorgelegt werde.

Dazu teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass die GSG GS GmbH mit der weiteren Planung und Umsetzung befasst sei. Es sei beabsichtigt, dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 05.12.2013 das Konzept vorzustellen.

Hiernach spricht Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, die Problematik einer möglichen Nutzung der Trasse der Euregiobahn für den Güterverkehr an. Dazu merkt er an, dass die jeweiligen Presseberichte innerhalb der Bevölkerung für Verunsicherungen gesorgt hätten.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, bittet um Auskunft, ob zu der von Herrn Stv. Mortimer angesprochenen Thematik in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt - zum Beispiel unter dem Tagesordnungspunkt *„Anfragen und Mitteilungen“*- darüber beraten werden könne, eine Resolution zu verabschieden.

Dazu empfiehlt Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, zunächst beim Aachener Verkehrsverbund (AVV) sowie bei der Euregio Verkehrsschiennetz GmbH (EVS) ausführliche Informationen einzuholen. Darüber könne dann in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt beraten werden.

Nunmehr unterbreitet Herr Bürgermeister Sonders den Vorschlag, in dieser Angelegenheit unter dem Tagesordnungspunkt *„Anfragen und Mitteilungen“* weiter zu debattieren.

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, regt an, die Herren Fürpeil (EVS) und Sistenich (AVV) zu einer interfraktionellen Gesprächsrunde einzuladen, um das Wesentliche

zu erörtern. Zum Themenpunkt könne dann in der Sitzung des Rates der Stadt am 05.12.2013 beraten und ggf. eine Resolution verabschiedet werden.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass sich mit dem Thema intensiv befasst werden müsse und befürwortet den von Herrn Stv. Mortimer unterbreiteten Vorschlag.

Im Anschluss hieran lässt Herr Bürgermeister Sonders **separat** über die vorgetragenen Änderungswünsche zur Tagesordnung abstimmen.

1. Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen):

TOP 31: Änderung der Friedhofssatzung;
hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt vom
27.09.2013

wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Rates der Stadt **abgesetzt**.

2. Der Rat der Stadt **lehnt** den Antrag der REP-Fraktion,

TOP 4 (nichtöffentlicher Teil): Errichtung eines Windparks in der Gemeinde Aldenhoven;
hier: Abschluss eines Gestattungs- und Kaufvertrages mit dem Betreiber

von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Rates der Stadt abzusetzen, mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen) **ab**.

Sodann stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form zur Abstimmung. Diese wird mit den von Herrn Bürgermeister Sonders vorgetragenen Änderungen **einstimmig** angenommen.

Die Herren Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, und Weber, REP-Fraktion, melden jeweils zwei Anfragen für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung an. Die Herren Stv. Brühl, FWA-Fraktion, und Wirtz, GRÜNE-Fraktion, kündigen jeweils eine Anfrage für den öffentlichen Teil an.

Für den nichtöffentlichen Teil werden **keine** Anfragen angekündigt.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, erklärt sich zu TOP 21 (TOP 21.1) „*Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung – Am alten Bahndamm*“ für befangen.

zu 2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2013/0503/1.1

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Stv. Gerda Wienold, Zum Maria Hauptschacht 40, 52477 Alsdorf, und gibt bekannt, dass Frau Stv. Wienold innerhalb der CDU-Fraktion für den ausgeschiedenen Herrn Roland Andreas Krichel in den Rat der Stadt nachrückt.

Nachdem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt der Bürgermeister die nach § 67 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes, Frau Stv. Gerda Wienold, Zum Maria Hauptschacht 40, 52477 Alsdorf, nach Form und Inhalt der genannten Bestimmungen und Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Diese Verpflichtung wurde durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung bekräftigt.

zu 3 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2013/0413/1.1

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 4 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2013/0414/1.1

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig.

**zu 5 Wahl der/des 2. ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeister/in sowie deren/dessen Einführung und Verpflichtung durch den Bürgermeister
Vorlage: 2013/0508/1.1**

Protokoll:

Bezug nehmend auf die Sitzungsvorlage stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob die Fraktionen neben den vorliegenden Vorschlägen der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion weitere Wahlvorschläge unterbreiten möchten.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, schließt sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion an und schlägt ebenfalls Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, zur 2. stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Alsdorf vor.

Für die FWA-Fraktion unterbreitet Herr Stv. Brühl den Vorschlag, Herrn Stv. Nevelz zum 2. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Alsdorf zu wählen.

Für die durchzuführende geheime Wahl bittet Herr Bürgermeister Sonders die Fraktionen um Benennung von Stimmzählern.

Die SPD-Fraktion benennt Herrn Stv. Friedhelm Krämer, die CDU-Fraktion Herrn Stv. Dieter Lothmann, die ABU-Fraktion Herrn Stv. Norbert Koerlings, die GRÜNE-Fraktion Herrn Stv. Horst-Dieter Heidenreich, die FDP-Fraktion Herrn Stv. Hans Goerenz, die FWA-Fraktion Herrn Stv. Dietmar Brühl und die REP-Fraktion Herrn Stv. Wolfgang Lüsgens zu Stimmzählern.

Nachdem sich die Stimmzähler vom ordnungsgemäßen Zustand der Wahlkabinen und der Wahlurne überzeugt haben, erfolgt in geheimer Abstimmung die Wahl des 2. stellvertretenden Bürgermeisters. Die Damen und Herren des Rates der Stadt werden von Herrn Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates, in alphabetischer Reihenfolge namentlich aufgerufen und kennzeichnen die ihnen ausgehändigten Stimmzettel geheim in den entsprechenden Wahlkabinen.

Im Anschluss hieran erklärt Herr Bürgermeister Sonders den Wahlgang für geschlossen und bittet die Stimmzähler um Auszählung der abgegebenen Stimmen. Eine vorherige Aussprache fand nicht statt.

Nach Abschluss der Auszählung stellt Herr Bürgermeister Sonders anhand der von den Stimmzählern unterzeichneten Niederschrift (Anlage der Originalniederschrift) folgendes Wahlergebnis fest:

Es sind 38 Stimmberechtigte anwesend und insgesamt 38 gültige Stimmen abgegeben worden. Der Stimme enthalten haben sich 4 Stimmberechtigte. Zur Berechnung der Mehrheit (Stimmen insgesamt abzüglich ungültiger Stimmen und Stimmenenthaltungen) zählten 34 Stimmen.

- 1) Auf den Vorschlag der FDP-Fraktion (Herr Stv. Heinrich Liska) entfielen 19 Stimmen.
- 2) Auf den Vorschlag der FWA-Fraktion (Herr Stv. Josef Nevelz) entfielen 2 Stimmen.
- 3) Auf den Vorschlag der CDU-Fraktion (Frau Stv. Ulrike Wagner) entfielen 13 Stimmen.

Da auf den Vorschlag der FDP-Fraktion mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen entfallen ist, ist Herr Stv. Heinrich Liska zum 2. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Alsdorf gewählt.

Auf Befragung von Herrn Bürgermeister Sonders erklärt der Gewählte die Annahme der Wahl.

Nachdem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt Herr Bürgermeister Sonders die nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des 2. stellvertretenden Bürgermeisters zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben durch Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben als ehrenamtlicher Stellvertreter des Bürgermeisters der Stadt Alsdorf nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Die Verpflichtung wird durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung durch Herrn Stv. Heinrich Liska bekräftigt.

Herr Bürgermeister Sonders gratuliert Herrn Stv. Heinrich Liska zur Wahl und verbindet dies mit dem Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf wählt Herrn Stv. Heinrich Liska (FDP-Fraktion) zum 2. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Alsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Auf den Vorschlag der FDP-Fraktion entfielen 19 Stimmen, auf den Vorschlag der CDU-Fraktion 13 und auf den Vorschlag der FWA-Fraktion 2 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 4 Stimmberechtigte.

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, schlägt vor, Herrn Stv. Wilfried Maul zu seinem Stellvertreter in die Gesellschafterversammlung der Energeticon gGmbH zu wählen.

Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion, unterbreitet den Vorschlag, Herrn Stv. Manfred Held zum Stellvertreter von Herrn Stv. Matthias Feilen in den Aufsichtsrat der Energeticon gGmbH zu wählen.

Herr Stv. Koerlings, ABU-Fraktion, schlägt vor, Herrn Stv. Bernd Mortimer zu seinem Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Energeticon gGmbH zu wählen.

Die Herren Stv. Gebauer, ABU-Fraktion, und Wirtz, GRÜNE-Fraktion, beantragen, dass über den ersten Punkt des Beschlussvorschlages separat abgestimmt wird.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt **lehnt** den Vorschlag, als Ersatz für Herrn Marcel Fuchs auf Vorschlag der Fraktion Die Republikaner Herrn Michael Winters, Jakobstraße 13, 52477 Alsdorf, zum beratenden Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW in den Ausschuss für Gebäudewirtschaft zu wählen, mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen) **ab**.

2. Der Rat der Stadt wählt **einstimmig**:

- Herrn Ersten Beigeordneten Ralf Kahlen als Stellvertreter von Herrn Bürgermeister Alfred Sonders in die Gesellschafterversammlung der Energeticon gGmbH,
- Herrn Stv. Wilfried Maul zum Stellvertreter von Herrn Stv. Franz Brandt in die Gesellschafterversammlung der Energeticon gGmbH,
- Herrn Stv. Friedhelm Krämer zum stellvertretenden Stimmführer in der Gesellschafterversammlung der Energeticon gGmbH,
- Herrn Ersten Beigeordneten Ralf Kahlen als Stellvertreter von Herrn Bürgermeister Alfred Sonders in den Aufsichtsrat der Energeticon gGmbH,
- Herrn Stv. Manfred Held zum Stellvertreter von Herrn Stv. Matthias Feilen in den Aufsichtsrat der Energeticon gGmbH,
- Herrn Stv. Bernd Mortimer zum Stellvertreter von Herrn Stv. Norbert Koerlings in den Aufsichtsrat der Energeticon gGmbH,

- Herrn Stv. Hans Goerenz auf Vorschlag der FDP-Fraktion zum dritten Stellvertreter von Herrn Christoph Kuckartz in den Ausschuss für Stadtentwicklung,
- als Ersatz für Herrn Stv. Hans Goerenz auf Vorschlag der FDP-Fraktion Herrn Hubert Goerenz, Beethovenstraße 2, 52477 Alsdorf, zum beratenden Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW in den Ausschuss für Gebäudewirtschaft.

**zu 7 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
hier: Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes von Herrn Roland Andreas Krichel
Vorlage: 2013/0504/1.1**

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, unterbreitet den Vorschlag, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass Frau Alexandra Brandt als Ersatz für Herrn Stv. Dieter Lothmann zur Stellvertreterin von Frau Stv. Gerda Wienold in den Jugendhilfeausschuss gewählt wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt

1. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Gerda Wienold zum stimmberechtigten Mitglied in den Jugendhilfeausschuss,
2. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Herrn Stv. Franz Brandt zum Stellvertreter von Herrn Stv. Friedhelm Wirtz in die Gesellschafterversammlung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH,
3. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Herrn Stv. Franz Brandt zum Mitglied der Gesellschafterversammlung der GSG Grund- und Stadtentwicklungsgesellschaft Alsdorf GmbH,
4. als Ersatz für Herrn Stv. Franz Brandt auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Gerda Wienold zum Mitglied des Aufsichtsrates der Freizeitobjekte Alsdorf GmbH,
5. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Ulrike Wagner zur Stellvertreterin von Frau Stv. Christina Hermanns

in die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Nordkreis Aachen,

6. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Ulrike Wagner zur Stellvertreterin von Frau Stv. Christina Hermanns in den Fachausschuss des VHS-Zweckverbandes Nordkreis Aachen,
7. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Gerda Wienold zum Mitglied des Beirates des Tierparkvereins e. V.,
8. als Ersatz für Herrn Roland Andreas Krichel auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Stv. Ulrike Wagner zum Mitglied der Mitgliederversammlung des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung e. V.,
9. als Ersatz für Herrn Stv. Dieter Lothmann auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Alexandra Brandt gemäß § 58 Abs. 3 GO NRW zur Stellvertreterin von Frau Stv. Gerda Wienold in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 8 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 inklusive dem angehängten Entwurf des Jahresabschlusses 2010 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 2013/0500/RPA

Protokoll:

Zu 3. des Beschlussvorschlages ist der Bürgermeister nicht stimmberechtigt.

Beschluss:

1. Auf der Grundlage des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.09.2013 und unter Einbeziehung des Prüfungsberichtes Nr. 01/2011 des Rechnungsprüfungsamtes vom 03.09.2013 stellt der Rat der Stadt Alsdorf den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2011 inklusive dem angehängten Entwurf des Jahresabschlusses 2010 in der Fassung vom 23.08.2013 fest.
2. Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW den Jahresfehlbetrag des Jahres 2011 der Ergebnisrechnung in Höhe von 15.485.532,98 €. Der Jahresfehlbetrag wird durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.
3. Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe j) i.V.m. § 96 Abs. 1 S.4 GO NRW die Entlastung für das Haushaltsjahr 2011 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9 **Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2012**
Vorlage: 2013/0199/5.1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 10 **Überschreitung der Personalaufwendungen;**
hier: Überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 2013/0501/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung in Höhe von 239.600,38 € im Bereich der Personalaufwendungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 11 **Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2014**
Vorlage: 2013/0406/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 in der als Anlage der Originalniederschrift vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen).

Protokoll:

Bezug nehmend auf die Sitzungsvorlage führt Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, aus, dass die jetzige Pflege der Friedhöfe auf keinen Fall noch mehr zu verringern sei. Den Vorschlag, für Bestattungen an Samstagen eine zusätzliche Gebühr zu erheben, hält er für zumutbar. Er äußert die Bitte, dass die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH eine Kopie des Leistungskataloges zur Verfügung stelle, damit an einem entsprechenden Konzept mitgewirkt werden könne.

Herr Stv. Brühl, FWA-Fraktion, nimmt Bezug auf den nicht enthaltenen Schließerdienst für die Alsdorfer Friedhöfe, für welchen Kosten in Höhe von 29.000 Euro aufzubringen seien. Seinerzeit habe er darauf hingewiesen, dass sich einige Personen dazu bereit erklärt haben, diese Aufgabe ehrenamtlich zu übernehmen. Der Vorschlag möge noch einmal überdacht werden.

Zum Themenpunkt moniert Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, dass die Meldung nicht rechtzeitig erfolgt sei. Er merkt an, dass Kosten in einem solchen Umfang auf eine nicht ordnungsgemäße Buchführung zurück zu führen seien. Des Weiteren bezieht er sich auf die Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Im Hinblick auf den Fond „Deutsche Einheit“ bittet er um nähere Erläuterungen.

Hierzu teilt Herr Jansen, GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH, mit, dass die Angelegenheit in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung bereits ausführlich erörtert worden sei. Die genaue Festsetzung der zu erwartenden Kosten seien auch dadurch erschwert worden, weil Erfahrungswerte nicht vorhanden waren. Zusätzlich sei ein erheblicher Mehraufwand entstanden, weil vorher nicht bekannte Unterhaltsrückstände festgestellt worden seien. Dies führe die Gesellschaft darauf zurück, dass aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit zur funktionierenden Aufgabenübernahme eine tiefer gehende Bewertung aller erforderlichen Arbeiten nicht möglich war.

Herr Kämmerer Hafers, erläutert, dass die Finanzierungsbeteiligung zum Fond „Deutsche Einheit“ geringer ausgefallen sei. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 seien alle Deckungen vorhanden.

Herr Bürgermeister Sonders spricht sich dafür aus, die Gesellschaft zukünftig damit zu betrauen, die Problemfelder darzustellen sowie Kostenkalkulationen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Der Rat der Stadt könne dann hinsichtlich der zur Verfügung zu stellenden finanziellen Mittel entsprechend beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH den Betrag in Höhe von 318.925,46 € für Mehraufwendungen zur Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe im Jahre 2012 überplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen).

**zu 13 Bewirtschaftung städtischer Gebäude durch die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH;
hier: Rechnungsergebnis im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 2013/0427/4.1**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, folgenden Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2012 zuzustimmen:

-	BU und Bewirtschaftung	
-	- Hauptschulen	299.109,29 €
-	- Gesamtschule	171.771,40 €
-	- Burg	165.839,14 €
-	Selbstkosten	358.275,25 €

Die Deckung dieser Mehrausgaben erfolgt durch Wenigerausgaben bei Kostenträger 16-01-01, Sachkonto 534200 (Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 14 Bekanntgabe des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 2013/0493/5.1**

Protokoll:

Herr Kämmerer Hafers nimmt Bezug auf die Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Er weist darauf hin, dass die neben der Schlussbilanz per 31.12.2015 aufgeführte Zahl **nicht** 645.110,43 Euro sondern **2.645.110,43 Euro** lauten müsse und bittet, das entsprechend zu korrigieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Jahresabschluss 2012 zur Kenntnis und leitet ihn zur Prüfung an das Rechnungsprüfungsamt weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 15 Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 05-01-02 "Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. Flüchtlingsaufnahmegesetz"
Vorlage: 2013/0490/3.1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung in Höhe von **493.000,00 €** zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 16 Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 08-01-03 - Hallenbad - für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 2013/0489/3.4

Protokoll:

Im Hinblick auf die Darstellung der Sachlage bringt Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, hervor, dass die Erhöhung u. a. darauf zurück zu führen sei, dass die Holzhackschnitzelheizungsanlage bis zum heutigen Tage ausgefallen sei und die vorhandene Ersatzheizung mit Öl wesentlich höhere Heizkosten gegenüber der alten Heizung verursache. Darüber hinaus seien durch den Anstieg der Energiekosten sowie des erhöhten Bedarfs für die Wartungs- und Unterhaltungsarbeiten an den technischen Anlagen zusätzliche Mittel erforderlich. Er merkt an, dass der Einsatz von regenerativen Energien nicht nur umweltfreundlicher sondern auch wesentlich kostengünstiger ist.

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, erkundigt sich, ob die 10er-Karten zum Ende diesen Jahres verfallen. Er vertritt die Auffassung, dass das aus rechtlichen Gründen nicht vertretbar sei, da die 10er-Karten kein Gültigkeits- bzw. Verfallsdatum aufweisen. Dies möge entsprechend berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 08-01-03 – Hallenbad – in Höhe von 61.000 € zu. Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch Mehrerträge aus Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich im Produkt 16-01-01, Kostenstelle 0300, Sachkonto 405100.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 17 Bewirtschaftung der Alsdorfer Friedhöfe; hier: Konzeptionelle Ausrichtung bei der Kostenstruktur für die Zukunft sowie Optimierung der Friedhofsarbeit zur Senkung des jährlichen Aufwandes
Vorlage: 2013/0463/6.1

Protokoll:

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, spricht an, dass die Kosten für Fehlleistungen in Form nicht erfolgter Pflege und Unterhalt aus vergangenen Jahren gesondert hätten aufgelistet werden müssen. Er vertritt die Auffassung, dass es Aufgabe der Stadtverwaltung gewesen sei, die Kosten zu ermitteln und Kontrollen durchzuführen, um den bedauerlichen Zustand der Friedhöfe gar nicht erst entstehen zu lassen. Ferner weist er auf die Problematik des nicht versickernden Niederschlagswassers auf dem Alsdorfer Nordfriedhof hin. Dazu merkt er an, dass dieser Zustand nicht hinnehmbar sei und erwartet eine fachkundige Prüfung dieser Angelegenheit.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen nimmt die Ausführungen des Herrn Stv. Weber zur Kenntnis und kommt auf die angesprochene Thematik des Alsdorfer Nordfriedhofes zurück. Er berichtet, dass dort im Jahre 2005 drei Probebohrungen durchgeführt worden seien. Zu diesem Zeitpunkt sei an keiner der drei Stellen Wasser vorgefunden worden. An dieser Stelle weist er darauf hin, dass in den relevanten Problembereichen auch keine Bestattungen mehr vorgenommen worden seien. Die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH könne bis zum Jahresende damit beauftragt werden, einen Gutachter zu bestellen, welcher den Zustand ermittelt, damit ggf. weitere Maßnahmen eingeleitet werden können. Abschließend betont er, dass in regelmäßigen Abständen Kontrollen durchgeführt worden seien.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, legt dar, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde, weil er auch dem Haushalt 2013 nicht zugestimmt habe. Er stellt fest, dass hinsichtlich der Reduzierung der bisher erbrachten Leistungen, wie zum Beispiel Reduzierung des Pflegeaufwandes, Wegfall der Bestattungen an Samstagen sowie Abbau von 3 befristeten Vollzeitstellen bereits Entscheidungen getroffen worden seien. In diesem Zusammenhang gibt er zu bedenken, dass diese Art von Standards bei anderen Kommunen bereits enthalten seien. Er vertritt den Standpunkt, dass künftig für alternative Lösungen zu sorgen sei. Die Verantwortung könne nicht allein bei der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH liegen. Deshalb regt er an, wieder eine sogenannte Friedhofskommission einzuführen.

Hierzu führt Herr Erster Beigeordneter Kahlen aus, dass die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH noch kein konkretes Konzept erstellt habe. Die Sitzungsvorlage enthalte lediglich Vorschläge, die entsprechend bearbeitet und dem Ausschuss für Stadtentwicklung bzw. dem Rat der Stadt dann zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zum Themenpunkt unterbreitet Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, den Vorschlag, den Beschlussentwurf wie folgt zu ergänzen: *„Der Rat der Stadt beschließt, der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH aufzutragen, eine*

Friedhofsentwicklungsplanung zu erstellen und dem Rat der Stadt in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Herr Bürgermeister Sonders befürwortet den Vorschlag, die Friedhofskommission wieder einzuführen. Er äußert die Bitte, diesbezüglich namentliche Vorschläge zu unterbreiten. Dies könne im Anschluss an die heutige Sitzung geschehen. Außerdem empfiehlt er, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH damit beauftragt werde, zusammen mit der Friedhofskommission ein Gesamtkonzept für die Friedhöfe zu entwickeln und darüber hinaus ein Konzept für die Pflege der Friedhöfe vorzulegen.

Bezug nehmend auf die Anlage 1 der Sitzungsvorlage macht Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, darauf aufmerksam, dass sich die Stadt mit den gesetzlich geschuldeten Maßnahmen zur Beseitigung der wasserrechtlichen Gegebenheiten ihrer Verantwortung stellen müsse.

Herr Stv. Hennes, ABU-Fraktion, würde es begrüßen, wenn die vorgebrachten Anregungen auch umgesetzt werden.

Herr Stv. Lothmann, CDU-Fraktion, bemängelt, dass hinsichtlich der Mehrkosten kein Prüfauftrag erteilt worden sei. Der Rat der Stadt hätte dann schon eher darüber debattieren können.

Dazu äußert Herr Bürgermeister Sonders, dass die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet habe. Das Haushaltsjahr 2012 sei jedoch gebührentechnisch bereits abgeschlossen. Von daher bestehe kein Grund zur Beanstandung.

Anschließend informiert Herr Bürgermeister Sonders darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung die Angelegenheit an den Rat verwiesen habe und unterbreitet dem Rat der Stadt den folgenden Beschlussvorschlag:

- *„Der Rat der Stadt beschließt, der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH für voraussichtliche Mehraufwendungen für die Friedhofspflege im Jahre 2013 einen Betrag in Höhe von 206.000 Euro überplanmäßig bereitzustellen.*
- *Der Rat der Stadt beschließt, die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH damit zu beauftragen, baldmöglichst ein Konzept für die laufende Pflege der Alsdorfer Friedhöfe vorzulegen, damit der Rat der Stadt darüber befinden kann. Der Rat der Stadt setzt eine Friedhofskommission ein, die sich insbesondere in Zusammenarbeit mit der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH damit befasst, den Sanierungszustand der Alsdorfer Friedhöfe zu ermitteln und den Sanierungsstau ggf. abzarbeiten.“*

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, beantragt, über den vorgenannten Beschlussvorschlag separat abstimmen zu lassen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 8 Gegenstimmen), der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH für voraussichtliche Mehraufwendungen für die Friedhofspflege im Jahre 2013 einen Betrag in Höhe von 206.000 Euro überplanmäßig bereitzustellen.
2. Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen), die GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH damit zu beauftragen, baldmöglichst ein Konzept für die laufende Pflege der Alsdorfer Friedhöfe vorzulegen, damit der Rat der Stadt darüber befinden kann. Der Rat der Stadt setzt eine Friedhofskommission ein, die sich insbesondere in Zusammenarbeit mit der GSG Grund- und Stadtentwicklungs-GmbH damit befasst, den Sanierungszustand der Alsdorfer Friedhöfe zu ermitteln und den Sanierungsstau ggf. abzarbeiten.

**zu 18 Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des
Haushaltsentwurf 2014 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2013/0509/5.1**

Protokoll:

Herr Stv. K. Krämer, SPD-Fraktion, unterbreitet den Vorschlag, den Beschlussvorschlag um einen zweiten Punkt wie folgt zu erweitern: *„Durch den immens hohen Druck des Sparzwangs, dem mittlerweile alle Kommunen unterliegen, sowie vor dem Hintergrund der hohen Personalkostensteigerung bei der Städteregion in den letzten Jahren, appelliert die Stadt Alsdorf an die Städteregion Aachen, Ausgabesteigerungen oberhalb der Orientierungsdaten des Innenministeriums in den Folgejahren unbedingt zu vermeiden. Zudem sollten auch die freiwilligen Aufgaben und Ausgaben der Städteregion sehr kritisch hinterfragt werden. Diese Art der Ausgaben dürfen auf keinen Fall zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, da diese absolut keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr haben. Im Bereich der Städteregion ist die Haushaltskonsolidierung, wie bei den HSK-Kommunen, ebenfalls voran zu treiben. Künftig sollte den Eckdaten des Haushalts zur weiteren Information auch eine Übersicht der freiwilligen Ausgaben sowie deren Entwicklung nach den Rahmenbedingungen für HSK-Kommunen beigefügt werden.“* Er merkt an, dass eine solche Situation nach zwei Jahren mit Steuererhöhungen nicht hingenommen werden könne. Im Übrigen weist er beispielhaft auf die Bundesbeteiligung hinsichtlich der Kosten für die Grundsicherung hin. Es stelle sich die Frage, wie sich ggf. die zu erwartende Erhöhung der Umlagezahlung an den Landschaftsverband Rheinland für die Stadt Alsdorf auswirke. Dazu merkt er an, dass es sich hier um Mehrkosten in Höhe von rund 390.000 Euro handelt. Zusätzlich solle auch die ÖPNV-Umlage angepasst werden. Daran sei die Stadt mit ca. 72.500 Euro beteiligt. Er vertritt die Auffassung, dass eine Verbesserung nicht erkennbar sei. Es sei unabweisbar, den ÖPNV und dessen Versorgung erneut auf den Prüfstand zu stellen. Darüber hinaus appelliert er an eine sparsame Haushaltsführung der Städteregion Aachen und ein stringentes Haushaltskonsolidierungskonzept. Im Anschluss hieran verteilt er die Kopien des erweiterten Beschlussvorschlages an die Damen und Herren des Rates der Stadt.

Hierzu führt Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, aus, dass er einem Artikel der Tageszeitung entnommen habe, dass die Stadt Würselen in Sachen Städteregionsumlage einen Appell gerichtet habe, dass weitere freiwillige Ausgaben auf keinen Fall zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen dürfen, da diese keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr haben. Er möchte, dass der offizielle Beschlussvorschlag der Stadt Würselen eingeholt werde. Das wird von Herrn Stv. Liska, FDP-Fraktion, befürwortet.

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass dies überwiegend in Einklang mit dem von Herrn Stv. K. Krämer vorgetragene erweiterten Beschlussvorschlag stehe.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, kritisiert, dass der von Herrn Stv. K. Krämer vorgetragene erweiterte Beschlussvorschlag nicht bereits im Vorfeld zur Kenntnis gegeben worden ist. Von daher werde er sich hier enthalten. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung könne er jedoch mittragen. Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, schließt sich den Ausführungen des Herrn Stv. Heidenreich an.

Dazu merkt Herr Bürgermeister Sonders an, dass es keinen Grund gäbe, dem erweiterten Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Bezug nehmend auf den erweiterten Beschlussvorschlag regt Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, an, den Satz *„sowie vor dem Hintergrund der hohen Personalkostensteigerung bei der Städteregion in den letzten Jahren“* zu streichen. Dann könne er den Beschlussentwurf so mittragen.

Herr Kämmerer Hafers berichtet, dass sich die Kämmerei intensiv mit der Vorlage befasst habe. Zum ersten Mal sei hier ein neues Verfahren angewandt worden. Es sei in der Tat so, dass die Personalkosten einen erheblichen Aufwand verursachen. Von daher sei die Umlage in der Höhe zu veranlagern, wie in der Rechnung aufgeführt. Im Jahre des Doppelhaushaltes 2012/2013 seien mit entsprechender Begründung zusätzliche Stellen geschaffen worden.

Herr Stv. Brühl, FWA-Fraktion, bezieht sich auf die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf und beantragt, den Themenpunkt nunmehr zur Abstimmung zu stellen.

Im Anschluss an die Diskussion fasst Herr Bürgermeister Sonders zusammen, dass er den Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie den erweiterten Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des zu streichenden Halbsatzes sowie vor dem Hintergrund der hohen *„Personalkostensteigerung bei der Städteregion in den letzten Jahren“*, wie folgt zur Abstimmung stellen werde:

- *„Der Rat der Stadt beschließt:
Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich des von der StädteRegion Aachen in ihren Eckpunkten zum Haushalt 2014 mitgeteilten Umlagesatzes für die allgemeine Städteregionsumlage in Höhe von 41,927 % wird hiermit hergestellt. Ausdrücklich weist der Rat der Stadt jedoch darauf hin, dass sich das Benehmen nur auf den mitgeteilten Umlagesatz bezieht. Geringere Erträge gegenüber den mitgeteilten Eckpunkten bzw. hierin noch nicht enthaltene Ausgabensteigerungen durch beispielsweise eine mögliche Steigerung der Landschaftsverbandsumlage dürfen nicht zu einer Erhöhung der Städteregionsumlage führen, sondern müssen durch Einsparungen bei der Städteregion aufgefangen werden.“*

- *Der Rat der Stadt beschließt:
Durch den immens hohen Druck des Sparzwangs, dem mittlerweile alle Kommunen unterliegen, appelliert die Stadt Alsdorf an die Städteregion Aachen, Ausgabesteigerungen oberhalb der Orientierungsdaten des Innenministeriums in den Folgejahren unbedingt zu vermeiden. Zudem sollten auch die freiwilligen Aufgaben und Ausgaben der Städteregion sehr kritisch hinterfragt werden. Diese Art der Ausgaben dürfen auf keinen Fall zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, da diese absolut keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr haben. Im Bereich der Städteregion ist die Haushaltskonsolidierung, wie bei den HSK-Kommunen, ebenfalls voran zu treiben. Künftig sollte den Eckdaten des Haushalts zur weiteren Information auch eine Übersicht der freiwilligen Ausgaben sowie deren Entwicklung nach den Rahmenbedingungen für HSK-Kommunen beigelegt werden.“*

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig:

Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich des von der StädteRegion Aachen in ihren Eckpunkten zum Haushalt 2014 mitgeteilten Umlagesatzes für die allgemeine Städteregionsumlage in Höhe von 41,927 % wird hiermit hergestellt. Ausdrücklich weist der Rat der Stadt jedoch darauf hin, dass sich das Benehmen nur auf den mitgeteilten Umlagesatz bezieht. Geringere Erträge gegenüber den mitgeteilten Eckpunkten bzw. hierin noch nicht enthaltene Ausgabesteigerungen durch beispielsweise eine mögliche Steigerung der Landschaftsverbandsumlage dürfen nicht zu einer Erhöhung der Städteregionsumlage führen, sondern müssen durch Einsparungen bei der Städteregion aufgefangen werden.

2. Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen):

Durch den immens hohen Druck des Sparzwangs, dem mittlerweile alle Kommunen unterliegen, appelliert die Stadt Alsdorf an die Städteregion Aachen, Ausgabesteigerungen oberhalb der Orientierungsdaten des Innenministeriums in den Folgejahren unbedingt zu vermeiden. Zudem sollten auch die freiwilligen Aufgaben und Ausgaben der Städteregion sehr kritisch hinterfragt werden. Diese Art der Ausgaben dürfen auf keinen Fall zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, da diese absolut keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr haben. Im Bereich der Städteregion ist die Haushaltskonsolidierung, wie bei den HSK-Kommunen, ebenfalls voran zu treiben. Künftig sollte den Eckdaten des Haushalts zur weiteren Information auch eine Übersicht der freiwilligen Ausgaben sowie deren Entwicklung nach den Rahmenbedingungen für HSK-Kommunen beigelegt werden.

Protokoll:

Bezug nehmend auf die umfangreiche Sachdarstellung zu diesem Tagesordnungspunkt fügt Herr Bürgermeister Sonders hinzu, dass das Familienministerium NRW die Stadt Alsdorf als eine von insgesamt zehn Kommunen ausgewählt habe, an dem Pilotprojekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagement-Strategien“ mitzuwirken. Das Projekt werde durch das Familienministerium NRW gefördert. Hinsichtlich der Handlungsstrategien etc. werde mit den anderen Kommunen ein intensiver Austausch stattfinden. Für diese anspruchsvolle Aufgabe werden von Oktober 2013 bis Januar 2015 zwei Verwaltungsmitarbeiter an einer entsprechenden Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen. Abschließend dankt Herr Bürgermeister Sonders allen Beteiligten für die aktive Mitarbeit und Unterstützung. Über die umfangreichen Projekte werde der Rat der Stadt zu gegebener Zeit informiert.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bezieht sich auf die im Dezember 2012 durchgeführten ersten Stadtteilgespräche in Bettendorf und Schaufenberg. Hier sei u. a. die oft unzureichende Nahversorgung in vielen Stadtteilen angesprochen worden. Als Lösungsansatz sei seitens der Verwaltung mehrfach die Kontaktaufnahme zum Projekt „DORV“ bzw. die Grundversorgung durch einen mobilen Lebensmittel-Laden aufgezeigt worden. Er stellt die Frage, ob die Verwaltung diesbezüglich schon Ergebnisse darlegen könne. Des Weiteren spricht Herr Stv. Heidenreich die Verkehrspolitik in Alsdorf an. Bei den Stadtteilgesprächen sei immer wieder der Wunsch einer Verbesserung des ÖPNV geäußert worden. Die Verwaltung habe das prüfen und mit dem AVV besprechen wollen. Jetzt werde voraussichtlich im Dezember diesen Jahres der nächste Fahrplanwechsel anstehen und im Fachausschuss sei darüber noch nicht debattiert worden. In diesem Zusammenhang bittet er um einen kurzen Sachstandsbericht. Im Anschluss hieran spricht Herr Stv. Heidenreich die weitere Entwicklung in Alsdorf-Ofen an. Er habe im März 2013 an dem Stadtteilgespräch in Alsdorf-Ofen teilgenommen und festgestellt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sehr kritisch über die geplante Bebauung des VabW-Geländes geäußert haben. Hinsichtlich der gewünschten Schaffung von altersgerechtem Wohnen werde auf den jeweiligen „Masterplan“ der Stadtteile Alsdorf-Ofen sowie Broicher Siedlung verwiesen. Auch dazu möge die Verwaltung berichten.

Zum Thema „DORV“ bzw. Grundversorgung durch einen mobilen Lebensmittel-Laden teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass nach möglichen Standorten recherchiert werde. In Bezug auf die von Herrn Stv. Heidenreich angesprochene Verkehrspolitik gibt Herr Bürgermeister Sonders zur Kenntnis, dass dem AVV entsprechende Vorschläge unterbreitet worden seien und nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht werde. Hiernach kommt Herr Bürgermeister Sonders auf die Schaffung von barrierefreien Wohnungen im Stadtgebiet zurück und merkt an, dass innerhalb der Verwaltung ein Arbeitsauftrag erteilt worden sei, das zu analysieren.

Hinsichtlich der vielen Informationen zu diesem Themenpunkt äußert Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, die Bitte, dass der Bürgermeister ein interfraktionelles

Gespräch einplant, damit über die einzelnen Stadtteile ausführlich debattiert werden könne.

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, regt an, zunächst in einer interfraktionellen Runde die einzelnen Punkte zu konkretisieren und dann ggf. in einer Sondersitzung des Rates der Stadt zu beraten. Diese Sitzung könne zum Beispiel im Januar 2014 eingeplant werden.

Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion, schließt sich dem Vorschlag des Herrn Stv. Mortimer an.

Herr Bürgermeister Sonders empfiehlt, zunächst eine interfraktionelle Gesprächsrunde einzuberufen, in welcher auf alle Vorschläge eingegangen werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 20 Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 327 – Alfred-Brehm-Straße
Vorlage: /0401/2.1-1

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Winterberg, Büro 3D, Architekten- und Stadtplaner, Aachen, zugegen.

Herr Bürgermeister Sonders berichtet, dass zum Themenpunkt bereits in den letzten beiden Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung ausführlich debattiert worden sei.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass die GRÜNE-Fraktion grundsätzlich gegen die Aufstellung des beschleunigten B-Plan-Verfahrens sei. Als Begründung führt er an, dass

1. die Berücksichtigung des Naherholungsgebietes und ausgestalteten Grünkreuzes in der Vorlage nicht zu erkennen sei und das VABW-Gelände bereits ein Teil des Karl-van-Berk-Parks sei und brauche nicht, wie in der Vorlage geschrieben, geschaffen werden,

2. baurechtlich das beschleunigte Verfahren nicht korrekt sei und widerspricht der vorher getätigten Aussage der Verwaltung, dass der Masterplan getrennt vom Bebauungsplan Nr. 327 zu sehen sei. Sollte der B-Plan im beschleunigten Verfahren beschlossen werden, so sei ein Rechtsstreit nicht ausgeschlossen. Es handelt sich also nicht um eine Nachverdichtung im Innenbereich, da das Plangebiet im äußeren Bereich einer weit vom Stadtkern entfernten Siedlung liege,
3. die ökologische Untersuchung unzureichend gewesen sei und die Stellungnahme der Städteregion diesbezüglich nicht genügend Beachtung gefunden habe. Aus diesem Grunde fordere die GRÜNE-Fraktion eine qualifizierte Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines regulären Bebauungsplanverfahrens,
4. aus sozialen und wohnungsbaupolitischen Gründen aufgrund des zweifellos vorhandenen Bedarfs an altengerechten Wohnungen in Oden geprüft werden sollte, ob die bisherigen Gebäude des VABW nicht für einen solchen Zweck herzurichten oder umzubauen sind. So könnte der Park bestehen bleiben und die freiwerdenden Wohnungen von anderen erworben werden. Die GRÜNE-Fraktion beantragt, zu prüfen, inwieweit dieses Schulgebäude in altersgerechten Wohnraum umgewandelt werden kann.

Außerdem lehne die GRÜNE-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab, und beantragt alternativ:

- zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, auf den Flächen der zuletzt vom VABW genutzten Schulgebäuden altersgerechten Wohnraum unter Beibehaltung der gewachsenen Parkstrukturen zu schaffen,
- die weitere Beschlussfassung zum Bebauungsplan Nr. 327 zunächst zurück zu stellen, bis die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen.

Folgend möchte Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, darüber informiert werden, wie sich der Architekt das Profil von Doppelhaushälften vorstellt, weil er Baukonstruktionen unterschiedlicher Art befürchtet.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, sieht dieses Projekt als derzeit so nicht durchführbar an und unterstützt die Ausführungen des Herrn Stv. Heidenreich. Außerdem stellt er den Antrag, über den Beschlussvorschlag separat abstimmen zu lassen.

Anschließend bezieht sich Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, auf das Flugblatt, welches in Oden flächendeckend verteilt worden ist und merkt dazu an, dass die Aussagen nicht zutreffend seien. Er weist darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt bereits abzusehen sei, dass es aufgrund der enormen Probleme bei der Beseitigung des Abwassers keine massive Wohnbebauung von 300 Wohneinheiten auf dem Odenener Feld geben werde. Die derzeitige Rechtslage sehe so aus, dass sowohl der Flächennutzungsplan als auch der Regionalplan diese Region als Außenbereich darstellen, d. h. derzeit ist dort keinerlei Wohnbebauung zulässig. Es wäre jedoch möglich, eine Randbebauung mit ca. 25 Wohneinheiten entlang des Eidechsenweges auszuweisen. Außerdem weist er darauf hin, dass aus Rechtsgründen ausschließlich der Bebauungsplan Nr. 327 gesehen werden könne und dieser nicht im Zusammenhang mit dem Odenener Feld stehe. Die Aussagen im

Flyer zum Verkehr und Naturschutz seien in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 17.09.2013 durch den Gutachter widerlegt worden.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass der neue Masterplan voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 26.11.2013 vorgestellt werde. In diesem Zusammenhang sei auch eine Veranstaltung geplant, zu welcher die Ofdener Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, um in dieser Gesprächsrunde zu debattieren. Es sei beabsichtigt, dass diese Bürgerrunde von Vertretern des Stadtmarketingvereins sowie der Aachener Zeitung / Aachener Nachrichten unterstützt werde. Auch Herr Bürgermeister Sonders weist an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass es aufgrund der immensen Schwierigkeiten bei der Beseitigung des Abwassers keine massive Wohnbebauung von 300 Wohneinheiten auf dem Ofdener Feld geben werde.

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, beantragt, den Beschlussvorschlag c) wie folgt zu ändern: „Der Rat der Stadt beschließt, die Entwicklung des Ofdener Feldes **unter keinen Umständen** weiter zu verfolgen.“

Im Anschluss hieran nimmt Herr Winterberg, Büro 3D, Architekten- und Stadtplaner, Aachen, Bezug auf die von Herrn Stv. Weber angesprochene befürchtete Ungleichheit von Doppelhaushälften. Diesbezüglich verweist er auf die getroffene Festsetzung zur Profilgleichheit von Doppelhaushälften.

Sodann lässt Herr Bürgermeister Sonders über den Beschlussvorschlag separat abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt mit Mehrheit (bei 14 Gegenstimmen):
 - nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung (Vorlage 2013/0312/2.1) und der zweiten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
 - den Bebauungsplan Nr.327 – Alfred-Brehm-Straße als Satzung.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die Entwicklung des Ofdener Feldes unter keinen Umständen weiter zu verfolgen.

zu 21 **Bebauungsplan Nr. 275 – 1.Änderung – Am alten Bahndamm**
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung**
b) **Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung – Am alten Bahndamm**
Vorlage: 2013/0398/2.1

zu 21.1 **Bebauungsplan Nr.275 – 1.Änderung – Am alten Bahndamm**

a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung

b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.275 – 1.Änderung – Am alten Bahndamm

Vorlage: /0398/2.1-1

Protokoll:

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) seine Befangenheit in dieser Angelegenheit.

Hiernach erklärt der Rat der Stadt gemäß § 43 Abs. 2 Ziff. 4 GO NRW einstimmig Herrn Stv. Plum für befangen gemäß § 31 GO NRW.

Herr Stv. Plum verlässt vor Beginn der Beratungen den Sitzungssaal.

Bezug nehmend auf den in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 17.09.2013 gefassten Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt führt Herr Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, aus, dass zum Themenpunkt eine Ergänzungsvorlage erstellt worden sei. Er erläutert, dass zur Realisierung des Bebauungsplanes Nr. 275 – 1. Änderung – auf Ebene des Baugenehmigungsverfahrens die nachstehenden Punkte noch im Detail zu klären seien:

- Die Ermittlung der Ausbauhöhen der Feldstraße. Diese Höhenangaben werden als Vorgabe für die Ausbauplanung der Wohnhöfe durch die Bauherren benötigt, um einen ordnungsgemäßen Anschluss der privaten Erschließung an die endausgebaute Feldstraße zu gewährleisten. Das FG 4.3 wird diese Höhen ermitteln und eine entsprechende Vorplanung für die Feldstraße erarbeiten.
- Die Abstimmung der Ausbauplanung der jeweiligen privaten Erschließung mit dem FG 4.3.
- Die Abtretung der Flächen für die Wege zur Erschließung der nordwestlich des Plangebietes gelegenen Grünlandflächen, sowie der Ausbau der Wege in den dafür vorgesehenen Teilbereichen. Hierzu müssen entsprechende vertragliche Regelungen mit den jeweiligen Eigentümern getroffen werden.
- Der Abschluss von Gestattungsverträgen zwischen den jeweiligen Eigentümern und der Stadt Alsdorf für den provisorischen Ausbau des ca. 4 m breiten Streifens zwischen der Feldstraße in ihrem aktuellen Ausbauzustand und den geplanten privaten Wohnhöfen. Auf diese Weise soll die Erschließung der Wohnfläche bis zum Endausbau der Feldstraße sichergestellt werden.
- Die Regelung des ökologischen Ausgleichs durch das FG 2.3 auf den Flächen nordwestlich des Plangebietes über Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a-c BauGB.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 275 – 1. Änderung – Am Alten Bahndamm –, die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
- b) den Bebauungsplan Nr. 275 – 1. Änderung – Am Alten Bahndamm – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen).

zu 22 **Flächennutzungsplan 2004 – 24. Änderung – Allensteiner Straße**
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße**
b) **Beschluss über die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße**
Vorlage: 2013/0399/2.1

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, merkt an, dass eine Beampelung an dieser Stelle nicht auf städtische Kosten erfolgen dürfe. Diese Kosten sollten vom Investor getragen werden.

Herr Bürgermeister Sonders unterbreitet den Vorschlag, im Beschlussentwurf mit aufzunehmen, dass die Kosten, die ggf. anfallen werden, durch den Investor zu tragen sind.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (Vorlage Nr. 2013/0310/2.1) und aus der öffentlichen Auslegung der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße –, die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
- b) die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße –,
- c) die Kosten, die ggf. für eine Beampelung anfallen werden, sind durch den Investor zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 23 **Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße**
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 326 – Allensteiner Straße**
b) **Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.326 – Allensteiner Straße**
Vorlage: 2013/0400/2.1
-

Protokoll:

Auch zu diesem TOP merkt Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, an, dass eine Beampelung an dieser Stelle nicht auf städtische Kosten erfolgen dürfe. Diese Kosten sollten vom Investor getragen werden.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass der Vorschlag, im Beschlussentwurf mit aufzunehmen, dass die Kosten, die ggf. anfallen werden, durch den Investor zu tragen sind, auch zu diesem TOP berücksichtigt werde.

In diesem Zusammenhang weist er auf die Ergänzung des Beschlussvorschlages zu TOP 23 hin, dass der Rat der Stadt Alsdorf billigt, dass das Bebauungsplanverfahren Nr. 326 – Allensteiner Straße als Planverfahren gemäß §§ 2 bis 4, sowie §§ 8 bis 10 BauGB abschließend durchgeführt wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) Der Rat der Stadt Alsdorf billigt, dass das Bebauungsplanverfahren Nr. 326 – Allensteiner Straße als Planverfahren gemäß §§ 2 bis 4, sowie §§ 8 bis 10 BauGB abschließend durchgeführt wird,
- b) Nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (Vorlage Nr. 2013/0311/2.1) und aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 326 – Allensteiner Straße -, die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
- c) den Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße – als Satzung,
- d) die Kosten, die ggf. für eine Beampelung anfallen werden, sind durch den Investor zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 24** **Flächennutzungsplan 2004 – 25. Änderung – Halde Maria**
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
b) Beschluss über die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 25 – Halde Maria
Vorlage: 2013/0403/2.1
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (siehe Vorlage 2013/0315/2.1) und aus der öffentlichen Auslegung die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.
- b) die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes 2004 – Halde Maria –.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 25** **Bebauungsplan Nr. 337 – Halde Maria**
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 337 – Halde Maria
Vorlage: 2013/0404/2.1
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (Vorlage 2013/0316/2.1) und öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 337 die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe,
- b) den Bebauungsplan Nr. 337 – Halde Maria als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 26 **Pädagogische und Wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien**
hier: **Überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2013**
Vorlage: **2013/0499/3.2**

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung i. H. v. 350.000,00 € im Fachgebiet Jugend zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 27 **Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet**
hier: **2-gruppige Einrichtung des Evangelischen Kindergartenvereins in Alsdorf-Ofden / Entwurf eines Trägervertrages**
Vorlage: **2013/0470/3.2**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die im Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 04.07.2013 unter Top 12.1, Abs. 2, geforderte rechtsverbindliche Zusage vorliegt.

Dem durch die Verwaltung vorbereiteten und mit dem Evangelischen Kindergartenverein Alsdorf e.V. abgestimmten Entwurf eines Trägervertrages zwischen dem ev. Kindergartenverein und der Stadt Alsdorf wird zugestimmt.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, den vorliegenden Vertragsentwurf mit dem ev. Kindergartenverein abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 28 **Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet**
 hier: Sachstandsbericht zu Erweiterungsbau und Sanierungsmaßnahme
 Florianstraße
 Vorlage: 2013/0471/3.2

Protokoll:

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, geht davon aus, dass die Stadt Alsdorf als Eigentümerin dieser Kindertagesstätte eine entsprechende Versicherung abgeschlossen hat und bittet um Angabe über den Stand der Angelegenheit.

Des Weiteren möchte Herr Stv. Weber, dass folgendes im Protokoll der heutigen Sitzung festgehalten wird: *„Ich fordere eine Untersuchung der Grundschule Ost, ob hier auch solche Baumängel vorliegen.“*

Herr Stv. Lothmann, CDU-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass eine Untersuchung des v. g. Gebäudes bereits vorgenommen worden sei. Darüber sei in einer Sitzung des Ausschusses für Gebäudewirtschaft bereits berichtet worden.

Bezug nehmend auf die v. g. Ausführungen teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass dem nachgegangen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand Erweiterungsbau / Sanierungsmaßnahme Familienzentrum Florianstraße werden zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Übergangslösung „Im Langhaus“ gemäß Darstellung der finanziellen Auswirkungen außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2013 und 2014 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Protokoll:

Anfragen des Herrn Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, zu/m

1. Sanierungsmaßnahmen auf dem Sportplatz „Am Klött“ in Alsdorf

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, möchte darüber informiert werden, wann mit der geplanten Sanierungsmaßnahme (Kunstrasenplatz) begonnen werde.

Dazu teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass dies so bald wie möglich erledigt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Maßnahme wird im 1. Halbjahr 2014 durchgeführt.

2. Themenpunkt „Nutzung der Trasse der Euregiobahn für den Güterverkehr“

Bezug nehmend auf die zu Beginn der heutigen Sitzung des Rates der Stadt bereits angesprochene Problematik empfiehlt Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, dass zunächst beim Aachener Verkehrsverbund (AVV) sowie bei der Euregio Verkehrsschienennetz GmbH (EVS) ausführliche Informationen einzuholen seien, um diese in einer interfraktionellen Runde darzulegen. Darüber könne der Rat der Stadt dann in seiner nächsten Sitzung beraten.

Herr Bürgermeister Sonders sagt zu, das zu arrangieren.

Hierzu merkt Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, an, dass gemeinsam an einer Lösung gearbeitet werden müsse. Von daher werde er den Antrag, eine Resolution zu verabschieden, bis zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt zurückstellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Am 02.12.2013 fand um 17.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Alsdorfer Rathauses ein Pressegespräch zu diesem Thema statt. Hieran haben Vertreter der Verwaltung, der EVS, des AVV sowie den im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen teilgenommen. Somit wurden alle Fraktionen gemäß Wunsch des Rates vom 10.10.2013 umfangreich über die Angelegenheit informiert.

Anfrage des Herrn Stv. Brühl, FWA-Fraktion, zwecks Prüfung auf Anbringung einer Querungshilfe an der Theodor-Seipp-Straße / Tierpark Alsdorf aufgrund von zu schnellem Fahren

Herr Stv. Brühl, FWA-Fraktion, nimmt Bezug auf das zu schnelle Fahren in dem v. g. Bereich. In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob dort ein Zebrastreifen angebracht werden könne. Auch die Durchführung von regelmäßigen Geschwindigkeitskontrollen in diesem Bereich wäre sinnvoll.

Herr Bürgermeister Sonders gibt zur Auskunft, dass dem nachgegangen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Voraussetzungen zur Errichtung von Fußgängerüberwegen (FGÜ) sind in der Verwaltungsvorschrift zu § 26 Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie in den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) geregelt. Nach Nr. 2.1 Abs. 3 R-FGÜ sind Fußgängerüberwege in Tempo-30-Zonen in der Regel entbehrlich. In der Theodor-Seipp-Straße gilt in Höhe des Tierparkgeländes eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Zudem befinden sich in diesem Bereich drei Querungshilfen in Form von Fahrbahnverengungen (Haupteingang, Parkplatz und Kiosk). Verkehrsbeobachtungen haben gezeigt, dass der Fußgängerquerverkehr dort problemlos abläuft. Laut Auskunft der Polizei hat es in den vergangenen drei Jahren hier keine Unfälle unter Beteiligung von querenden Fußgängern gegeben. Seitens des FG 6.2 wird daher kein Handlungsbedarf gesehen. Unabhängig davon wurde die Städteregion Aachen gebeten, in eigener Zuständigkeit im Bereich der dort bestehenden Messstelle verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

Anfrage des Herrn Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, zum Thema „Beleuchtung“ in der Stadt Alsdorf

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, schildert, dass die Beleuchtung des Alsdorfer Förderturms nicht einwandfrei funktioniere. Des Weiteren führt er aus, dass auch die Bodenstrahler im Bereich der Mariensäule am Übacher Weg nicht alle intakt seien. Diesbezüglich bittet er um Auskunft, wer für die Instandhaltung zuständig ist.

Dazu teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass für die Pflege das FG 4.3 – Hoch-, Tiefbau, Verkehrsplanung, Herr Göttgens, zuständig sei. Parallel dazu äußert Herr Bürgermeister Sonders die Bitte, sich bei festgestellten Mängeln direkt per Mail oder telefonisch an das v. g. Fachgebiet zu wenden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Instandsetzung der defekten Bodenstrahler am Übacher Weg sowie die Anstrahlung des Fördergerüsts wurde zwischenzeitlich von Regionetz GmbH ausgeführt.

Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion, zur Problematik „Altkleidersammlung / Container“; hier: Bereich der Moselstraße in Alsdorf

In v. g. Angelegenheit bittet Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, um Auskunft, ob in Alsdorf zukünftig keine Altkleidercontainer mehr aufgestellt werden.

Hierzu äußert Herr Erster Beigeordneter Kahlen, dass die Regioentsorgung derzeit damit befasst sei, ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Konzept für Altkleiderentsorgung wurde zwischenzeitlich bei der Regioentsorgung erarbeitet, jedoch noch nicht mit den anderen Kommunen erörtert.

Mitteilung des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion, zum Tausch der Sitzungen des Ausschusses für Gebäudewirtschaft sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung im September diesen Jahres

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, äußert seinen Unmut zum Tausch der v. g. Sitzungen.

**zu 30 Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2013/0520/1.1**

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt

1. auf Vorschlag der Fraktion Die Republikaner Herrn Leonhard Jung, Ahrweg 1a, 52477 Alsdorf, zum zweiten Stellvertreter von Herrn Christian Hoffmann gemäß § 58 Abs. 3 GO NRW, Herrn Stv. Wolfgang Lüsgens zum dritten Stellvertreter von Herrn Christian Hoffmann und Herrn Stv. Andreas Weber zum vierten Stellvertreter von Herrn Christian Hoffmann in den Ausschuss für Stadtentwicklung,

2. auf Vorschlag der Fraktion Die Republikaner Frau Petra Baumann, 52477 Alsdorf, zur zweiten Stellvertreterin von Herrn Christian Hoffmann gemäß § 58 Abs. 3 GO NRW, Herrn Stv. Andreas Weber zum dritten Stellvertreter von Herrn Christian Hoffmann und Herrn Stv. Wolfgang Lüsgens zum vierten Stellvertreter von Herrn Christian Hoffmann in den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 31 Enthaltungen).

zu 31 Änderung der Friedhofssatzung; hier: Antrag der Fraktion Die Republikaner im Rat der Stadt Alsdorf vom 27.09.2013

**- Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.
Vorlage: 2013/0522/6.1**

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Holz
Schriftführerin